

EINE ORIENTIERUNGSHILFE

Wer steht wofür?

Ein sachlicher Blick auf
Deutschlands Parteien.

Teil 1: CDU / CSU

Teil 2: SPD

Teil 3: Bündnis 90 / Die Grünen

Teil 4: AfD

Teil 5: BSW

Teil 6: FDP

Teil 7: Die Linke

Teil 8: Freie Wähler

RD

realdem.de

Diese Serie ist keine Wahlempfehlung. Sie ist eine Orientierungshilfe.

Bild dir selbst eine Meinung.

Teil 1 von 8

CDU / CSU

Kurz-Steckbrief

CDU (gegründet 1945) und CSU (gegründet 1946) treten als Schwesterparteien gemeinsam an — die CSU ausschließlich in Bayern. Verortung: Mitte-rechts, christlich-konservativ, wirtschaftsliberal. Seit Mai 2025 regiert die Union unter Kanzler Friedrich Merz in einer Großen Koalition mit der SPD. In aktuellen Umfragen liegt die CDU/CSU bei etwa 24 Prozent.

Wofür steht die Partei?

Die Union positioniert sich als Partei der wirtschaftlichen Vernunft und inneren Sicherheit. Das Wahlprogramm 2025 versprach einen „Politikwechsel für Deutschland“ mit Schwerpunkten auf Wirtschaftsstärkung, Migrationsbegrenzung und Bürokratieabbau. Konkret: steuerliche Entlastung vor allem für Arbeitnehmer und Mittelstand, härtere Migrationspolitik bis hin zu Grenzkontrollen, Stärkung der Bundeswehr und ein klares Bekenntnis zu EU und NATO. In Bayern betont die CSU zusätzlich die Rolle als Interessenvertreterin des Freistaats im Bund.

Was liefert die Partei?

Die Union regiert Deutschland seit Mai 2025. Nach einem Jahr fällt die Bilanz durchwachsen aus — Beobachter sprechen von mehr enttäuschten Erwartungen als Durchbrüchen. Merz selbst gab sich in einem Spiegel-Interview eine Selbstnote unter „befriedigend“ — auf einer Erfolgsskala von 1 bis 100 sieht er seine Koalition „noch nicht bei 50“.

Außenpolitisch hat die Regierung Kurs bei der Ukraine gehalten: klare Unterstützung, Bekenntnis zu Europa und NATO. Innenpolitisch sieht es anders aus. Die durch den Iran-Krieg ausgelöste Energiekrise hat zu steigenden Preisen geführt, und ein Tankrabatt konnte die Unzufriedenheit nicht abfangen. Der versprochene Bürokratieabbau bleibt weitgehend Ankündigung. Zwei Drittel der Befragten sind mit der Arbeit der Regierung unzufrieden.

Wo liegen die Schwächen?

Transparenz und Lobbyismus: Das Wahlprogramm 2025 der CDU/CSU enthält keinerlei Forderungen zu schärferer Regulierung von Parteispenden, Lobbyismus oder mehr Transparenz. Das bestehende Lobbyregister wurde zwar unter Unionsbeteiligung eingeführt, gilt aber als zu schwach — Einzelkontakte zwischen Abgeordneten und Lobbyisten werden nicht erfasst. Die Maskenaffäre 2021, in der Unionsabgeordnete hohe Provisionen kassierten, ist nicht vergessen.

Berufspolitiker-Problem: Die Union hat keine Amtszeitbegrenzung. Karrieren vom Kreisverband bis ins Kabinett ohne nennenswerte Berufserfahrung außerhalb der Politik sind die Regel, nicht die Ausnahme. Gleichzeitig sitzen im aktuellen Kabinett mehrere Minister mit direktem Wirtschaftshintergrund — was wiederum Fragen nach Interessenkonflikten aufwirft.

Ankündigungspolitik: Bürokratieabbau, Digitalisierung, Verwaltungsmodernisierung — die Union verspricht diese Themen seit über einem Jahrzehnt, auch in den 16 Jahren Regierung Merkel. Vieles davon steht wortgleich im aktuellen Programm. Das untergräbt die Glaubwürdigkeit.

Koalitionsdynamik: Die Große Koalition mit der SPD führt zu gegenseitiger Blockade. Beide Parteien können sich nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen — was den versprochenen „Politikwechsel“ faktisch verhindert.

Außenpolitische Doppelstandards: Die Union verurteilt Russlands Völkerrechtsbruch in der Ukraine klar und zu Recht. Beim Nahostkonflikt fällt die Haltung zum Völkerrecht deutlich zurückhaltender aus — obwohl internationale Institutionen auch dort schwere Verstöße dokumentieren. Wer Völkerrecht als Maßstab anlegt, muss das konsequent tun.

Und wir?

Die Real Demokraten teilen mit der Union die Überzeugung, dass Wirtschaft und Sicherheit Kernthemen sind. Allerdings verstehen wir Wirtschaft ganzheitlich — das heißt inklusive Energiekosten, Steuern, Abgaben und massivem Bürokratieabbau. Und das Thema Sicherheit umfasst für uns Migration ebenso wie innere und äußere Sicherheit. Was wir anders sehen: Politik muss an Ergebnissen gemessen werden, nicht an Ankündigungen. Deshalb fordern wir messbare Ziele mit verbindlichen Terminen für jedes Reformvorhaben. Und: Keine Nebeneinkünfte für unsere Abgeordneten, offengelegte Lobbykontakte, maximal zwei Amtszeiten. Völkerrecht gilt für alle — ohne Ausnahmen.

Diese Serie ist keine Wahlempfehlung. Sie ist eine Orientierungshilfe. Bild dir selbst eine Meinung.

Mehr zu unseren Grundsätzen: realdem.de/was-wir-wollen

Teil 2 von 8

SPD

Kurz-Steckbrief

Die SPD (gegründet 1863/1875) ist die älteste noch bestehende Partei Deutschlands. Verortung: Mitte-links, sozialdemokratisch. Seit Mai 2025 ist sie Juniorpartner in der Großen Koalition unter Kanzler Merz (CDU). In aktuellen Umfragen liegt die SPD bei etwa 14 Prozent — weit entfernt von ihrem historischen Volkspartei-Anspruch.

Wofür steht die Partei?

Die drei Hauptzielgruppen der SPD sind Arbeitnehmer, Familien und Rentner. Programmatisch setzt sie auf soziale Gerechtigkeit, stabile Renten, höheren Mindestlohn und Steuerentlastung für kleine und mittlere Einkommen bei stärkerer Belastung von Spitzenverdienern und großen Vermögen. Die SPD forderte eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro, eine Reform der Schuldenbremse und eine vorsichtige Umverteilung von oben nach unten. Außenpolitisch bekennt sie sich zu NATO und EU, unterstützt die Ukraine und setzt auf einen freiwilligen Wehrdienst.

Was liefert die Partei?

Die SPD regiert fast durchgängig mit — als Kanzlerpartei unter Scholz (2021–2025), davor in drei Großen Koalitionen unter Merkel. Trotzdem bleibt die Liste unerledigter Versprechen lang: Die Digitalisierung der Verwaltung stockt, der Wohnungsbau kommt nicht in Fahrt, und die versprochene Bürgerversicherung ist seit über einem Jahrzehnt nicht über den Programmtext hinausgekommen.

Als Juniorpartner in der aktuellen Koalition fehlt der SPD ein eigenes Profil. 73 Prozent der Befragten sind mit der schwarz-roten Koalition unzufrieden. Der SPD gelingt es nicht, sich innerhalb der Regierung erkennbar von der Union abzugrenzen — und gleichzeitig nicht als Blockierer dazustehen.

Wo liegen die Schwächen?

Profillosigkeit: Die SPD ist nur noch bei der ehemaligen Arbeiterklasse stark, die inzwischen in Rente ist. Bei den aktuell Berufstätigen gibt es kein klares Profil nach Berufsgruppen. Die Partei schwankt zwischen linker Sozialpolitik und Regierungspragmatismus, ohne in einem der beiden überzeugend zu sein.

Berufspolitiker-Partei: Eine Analyse der Funktionärsschicht zeigt: Die meisten SPD-Funktionäre sind Berufspolitiker, im Parteiapparat, in Gewerkschaften und Verbänden oder in staatlichen Behörden beschäftigt. Die als Arbeiterpartei gestartete SPD ist heute in ihrem Funktionärskörper eine Partei der Akademiker und Besserverdienenden und spiegelt nicht mehr den Bevölkerungsquerschnitt wider. Das führt zu einer Sprache und Themensetzung, die an der eigenen

Zielgruppe vorbeigeht.

Dauerregierung ohne Ergebnis: Die SPD war in den letzten 20 Jahren fast ununterbrochen an der Bundesregierung beteiligt. In dieser Zeit sind viele der Probleme, die sie selbst benennt — Wohnungsnot, Bildungsdefizite, soziale Spaltung — nicht gelöst, sondern größer geworden. Irgendwann stellt sich die Frage: Wer so lange mitregiert, kann die Verantwortung nicht immer beim Koalitionspartner abladen.

Ankündigungs-Sozialdemokratie: Bürgerversicherung, Vermögensteuer, Mietpreisbremse mit Wirkung — vieles davon steht seit Legislaturperioden im Programm und wird nie umgesetzt. Das untergräbt die Glaubwürdigkeit, gerade bei der eigenen Klientel.

Und wir?

Die Real Demokraten teilen mit der SPD deren in Vergessenheit geratenes Ziel, dass Politik für die arbeitende Mitte funktionieren muss — nicht nur für Spitzenverdiener und nicht nur für diejenigen, die von staatlichen Leistungen leben. Was wir anders sehen: Versprechen, die man über Jahrzehnte nicht einlöst, sind keine Überzeugungen, sondern Wahlkampfrhetorik. Wir wollen messbare Ergebnisse statt wiederkehrende Programmpunkte. Und wir setzen auf Praktiker aus dem echten Berufsleben — nicht auf Apparatpolitiker, die den Parteiaufstieg als Karriereweg verstehen.

Diese Serie ist keine Wahlempfehlung. Sie ist eine Orientierungshilfe. Bild dir selbst eine Meinung.

Mehr zu unseren Grundsätzen: realdem.de/was-wir-wollen

Teil 3 von 8

Bündnis 90 / Die Grünen

Kurz-Steckbrief

Bündnis 90/Die Grünen (gegründet 1980, Fusion mit Bündnis 90 im Jahr 1993) sind aus der Umwelt- und Friedensbewegung hervorgegangen. Verortung: Mitte-links bis links, ökologisch-progressiv. Nach drei Jahren in der Ampelkoalition (2021–2025) befinden sich die Grünen seit Mai 2025 in der Opposition. In aktuellen Umfragen liegen sie bei etwa 12 Prozent.

Wofür steht die Partei?

Die Grünen setzen auf Klimaschutz, bezahlbares Leben, eine starke Wirtschaft im Wandel und europäische Sicherheit. Konkret: beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien, Mindestlohn von 15 Euro, Investitionen über einen Deutschlandfonds, Reform der Schuldenbremse und ein Verteidigungsetat von dauerhaft über zwei Prozent des BIP. Außenpolitisch stehen sie klar an der Seite der Ukraine und bekennen sich zu NATO und EU. Beim Nahostkonflikt positionieren sie sich ausdrücklich für die Einhaltung des Völkerrechts und stehen hinter dem Internationalen Strafgerichtshof — auch gegenüber Israel.

Was liefert die Partei?

In der Ampelkoalition (2021–2025) haben die Grünen den Ausbau erneuerbarer Energien tatsächlich beschleunigt und die Energieversorgung nach dem russischen Gaslieferstopp stabilisiert — beides unter dem damaligen Wirtschafts- und Klimaminister Habeck. Gleichzeitig wurde das Heizungsgesetz (GEG) zum kommunikativen Desaster: ein sachlich begründbares Vorhaben, das durch handwerkliche Fehler im Gesetzgebungsprozess und mangelhafte Kommunikation zum Symbol für Bevormundung wurde. Die neue schwarz-rote Koalition hat die Kernregelung inzwischen weitgehend rückgängig gemacht.

In der Opposition fordern die Grünen nun einen „Klima-Turbo“, werden aber von der Regierungsmehrheit überstimmt.

Wo liegen die Schwächen?

Kommunikation und Tonalität: Die Grünen haben sich über die Jahre zunehmend zu einer Moral- und Verbotsparterie entwickelt. Was als Umweltbewegung mit praktischem Anspruch begann, wirkt heute oft belehrend und bevormundend. Das Heizungsgesetz ist das prominenteste Beispiel, aber nicht das einzige. Statt Anreize zu schaffen und Menschen mitzunehmen, setzt die Partei reflexartig auf Regulierung und moralischen Druck. Wer nicht zustimmt, wird schnell in die falsche Ecke gestellt. Das verschreckt auch jene, die den Grünen inhaltlich nahestehen.

Ideologie-Verdacht: Ob berechtigt oder nicht — der Eindruck, die Grünen würden Klimapolitik auch dann durchsetzen wollen, wenn sie Wirtschaft und Bürger überfordert, haftet der Partei an. Die

fehlende Bereitschaft, Zielkonflikte zwischen Klimaschutz und Bezahlbarkeit offen zu benennen, verstärkt diesen Eindruck.

Schmale Wählerbasis: Die Grünen werden überproportional von urbanen Akademikern gewählt. Im ländlichen Raum, bei Handwerkern, im klassischen Mittelstand und bei Menschen mit niedrigeren Einkommen ist die Partei kaum verankert. Das schränkt ihren Gestaltungsanspruch als Volkspartei ein.

Regierungsbilanz mit Widersprüchen: Die Grünen traten 2021 mit dem Versprechen an, fossile Abhängigkeiten zu beenden. In der Regierung verlängerten sie unter dem Druck der Energiekrise Kohlekraftwerke und bauten LNG-Terminals. Das war pragmatisch notwendig — aber es zeigt, dass die Distanz zwischen Programm und Regierungsrealität auch bei den Grünen groß ist.

Personelle Enge: Die Partei wird seit Jahren von einer überschaubaren Führungsriege geprägt. Habeck, Baerbock, Lang — die öffentliche Wahrnehmung hängt stark an wenigen Personen. Neue Gesichter aus der Praxis sind selten sichtbar.

Und wir?

Die Real Demokraten teilen mit den Grünen die Überzeugung, dass Klimaschutz und Energiewende notwendig sind. Wir sehen erneuerbare Energien als wirtschaftliche Chance, nicht als ideologisches Projekt. Aber: Klimapolitik muss machbar, bezahlbar und ehrlich kommuniziert sein. Wer Menschen bevormundet statt mitnimmt, wird scheitern — egal wie richtig die Analyse ist. Deshalb setzen wir auf einen Energiemix, der Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Klimaziele zusammenbringt — ohne Ideologie, mit messbaren Ergebnissen.

Diese Serie ist keine Wahlempfehlung. Sie ist eine Orientierungshilfe. Bild dir selbst eine Meinung.

Mehr zu unseren Grundsätzen: realdem.de/was-wir-wollen

Teil 4 von 8

AfD

Kurz-Steckbrief

Die Alternative für Deutschland (gegründet 2013) begann als eurokritische Partei und hat sich seitdem stark nach rechts entwickelt. Verortung: rechts bis rechtsaßen. Die AfD ist Oppositionspartei im Bundestag und stärkste Kraft in mehreren ostdeutschen Landtagen. In aktuellen Umfragen liegt sie bei etwa 28 Prozent — und damit vor der regierenden Union. Das Bundesamt für Verfassungsschutz stufte die Partei 2025 als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein, das Verwaltungsgericht Köln untersagte diese Einstufung vorläufig. Die AfD wird weiterhin als rechtsextremer Verdachtsfall geführt.

Wofür steht die Partei?

Die AfD präsentiert sich als Partei gegen das Establishment. Ihre Kernthemen sind eine restriktive Migrationspolitik, Ablehnung der aktuellen Klimapolitik, niedrigere Steuern und eine Rückkehr zu nationalstaatlicher Souveränität. Sie fordert die Abschaffung der Grundsteuer und der Erbschaftssteuer, den Stopp des Erneuerbaren-Ausbaus und eine harte Linie bei innerer Sicherheit. Außenpolitisch lehnen große Teile der Partei die Unterstützung der Ukraine ab und fordern eine Annäherung an Russland.

Was liefert die Partei?

Die AfD war noch nie an einer Bundes- oder Landesregierung beteiligt. Ihre parlamentarische Arbeit beschränkt sich auf Opposition — häufig in Form von Provokation und Fundamentalkritik. Konstruktive Gesetzesinitiativen, die eine Mehrheit gefunden hätten, sind kaum dokumentiert. In den ostdeutschen Landtagen, wo die AfD teilweise stärkste Kraft ist, zeigt sich ein ähnliches Bild: starke Rhetorik, wenig konkrete Ergebnisse.

Die Partei profitiert davon, dass sie nie liefern musste. Versprechen bleiben ungeprüft, weil sie nie in der Verantwortung stand, sie umzusetzen.

Wo liegen die Schwächen?

Innerparteiliche Demokratie — Fehlanzeige: Die AfD fordert von anderen Transparenz und Bürgernähe, unterdrückt aber intern jede offene Debatte. Die Partei zeigt deutlich autoritäre Elemente in ihrer Führungsstruktur — der Bundesvorstand setzte ganze Landesvorstände ab, statt den demokratisch legitimierten Landesparteitag entscheiden zu lassen. Abgeordnete, die Kritik an der Führung äußern — egal ob von links oder rechts — werden mit Maßnahmen wie „Missbilligungen“ diszipliniert. Es gab sogar Pläne für einen internen Strafkatalog für Fraktionsmitglieder — ein in der deutschen Parlamentsgeschichte einmaliger Vorgang. Wer dem Chef nützt, wird gestützt; wer es nicht tut, wird gestürzt.

Inhaltliche Widersprüche: Die AfD vermeidet intern die Klärung zentraler Streitfragen. Beim Thema Wehrpflicht sprach sich der Parteitag dafür aus, aber Höcke organisierte den Widerstand der ostdeutschen Fraktionen — und Weidel schloss sich an. Beim Thema Russland/Ukraine, bei Vetterwirtschaft und bei der Positionierung zu den USA werden Debatten auf Klausurtagungen bewusst ausgeklammert. Eine Partei, die sich nicht traut, ihre eigenen Positionen zu klären, kann kein Land führen.

Sozialpolitik — Programm widerspricht Versprechen: Die AfD inszeniert sich als Partei der „kleinen Leute“. Eine ZEW-Analyse ihres Wahlprogramms ergab jedoch, dass eine Familie mit niedrigem Einkommen und zwei Kindern 440 Euro im Jahr verlieren würde, während eine Familie mit 180.000 Euro Jahreseinkommen um 19.190 Euro entlastet würde. Die AfD stimmte gegen die Mindestloohnerhöhung, lehnt Tariftreuegesetze ab und will das Streikrecht einschränken. Wer das Programm liest statt die Reden hört, erkennt: Diese Partei macht Politik für Besserverdiener.

Verbindungen ins rechtsextreme Milieu: Anfang 2026 trafen sich Brandenburger und Thüringer Landtagsabgeordnete mit dem rechtsextremen Aktivist Martin Sellner. Der Bundesvorstand forderte zwar, keine Parteiveranstaltungen mit Sellner durchzuführen — interne Treffen waren davon aber nicht erfasst. Die AfD-Bundestagsfraktion beschäftigt über 100 Mitarbeitende aus dem rechtsextremen Milieu. Das ist kein Einzelfall-Problem, sondern ein strukturelles.

Russland-Nähe: Die Hinwendung zu Russland hängt damit zusammen, dass Teile der AfD-Anhängerschaft in Russlands autoritärem Führungsstil und der Ablehnung der modernen Gesellschaft ein Vorbild sehen. Eine Partei, die sich an einem autoritären Regime orientiert, ist kein Verbündeter der Demokratie.

Und wir?

Die Real Demokraten verstehen den Frust, der Menschen zur AfD treibt. Bürokratie, Kontrollverlust, eine Politik, die nicht liefert — das sind reale Probleme. Aber die AfD ist nicht die Lösung. Sie ist eine Protestbewegung ohne belastbare Inhalte, mit autoritärer Führung, mit einem Sozialprogramm, das ihre eigene Wählerschaft benachteiligt, und mit Verbindungen, die in einer Demokratie nichts zu suchen haben. Wer den Staat reparieren will, braucht Ergebnispolitik — nicht Empörung. Messbare Ziele statt Sündenböcke. Saubere Hände statt Hinterzimmer. Genau dafür stehen die Real Demokraten.

Diese Serie ist keine Wahlempfehlung. Sie ist eine Orientierungshilfe. Bild dir selbst eine Meinung.

Mehr zu unseren Grundsätzen: realdem.de/was-wir-wollen

Teil 5 von 8

BSW

Kurz-Steckbrief

Das Bündnis Sahra Wagenknecht — Vernunft und Gerechtigkeit (gegründet Januar 2024) ist die jüngste Partei in dieser Serie. Entstanden aus einer Abspaltung der Linken. Verortung: links in Wirtschafts- und Verteilungsfragen, konservativ in gesellschaftspolitischen Fragen. Bei der Bundestagswahl 2025 scheiterte das BSW mit 4,98 Prozent knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. In Thüringen ist die Partei an der Landesregierung beteiligt. Der Parteitag hat beschlossen, den Namen in „Bündnis Soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftliche Vernunft“ zu ändern — das Kürzel BSW bleibt.

Wofür steht die Partei?

Das BSW will die Wirtschaft mit einem starken Mittelstand und sozialem Zusammenhalt stärken. Konkret: niedrigere Energiepreise — auch durch Wiederaufnahme russischer Gasimporte —, Bürokratieabbau, Mindestlohn von 15 Euro, Bürgerversicherung und Mietpreisdeckel. Waffenlieferungen an die Ukraine oder Israel sowie höhere Verteidigungsausgaben lehnt das BSW ab. Gesellschaftspolitisch vertritt die Partei konservative Positionen: Ablehnung von Gendern, Identitätspolitik und unkontrollierter Zuwanderung. Corona-Politik soll in Untersuchungsausschüssen aufgearbeitet werden.

Was liefert die Partei?

Das BSW existiert erst seit gut zwei Jahren und hatte bisher kaum Gelegenheit zu liefern. In Brandenburg war die Partei bis Januar 2026 an der Landesregierung beteiligt — die Koalition zerbrach nach nur einem Jahr. In Thüringen ist sie Teil einer Minderheitskoalition, die auf Duldung angewiesen ist. Im Bundestag ist das BSW nicht vertreten.

Bisher ist die Partei vor allem durch Medienpräsenz und scharfe Oppositionsrhetorik aufgefallen — weniger durch nachweisbare politische Ergebnisse.

Wo liegen die Schwächen?

Ein-Personen-Partei: Das programmatische Profil der Partei scheint auf die Person Sahra Wagenknecht zugeschnitten. Obwohl sie formal den Parteivorsitz abgegeben hat, ist die Partei ohne sie kaum denkbar. Das ist ein strukturelles Risiko: Fällt die Galionsfigur weg, fehlt der Partei das Fundament. Innerparteiliche Demokratie und Basisarbeit stehen hinter der Personenmarke zurück.

Russland-Nähe: Das BSW will Energiepreise durch den Import von Öl und Gas aus Russland senken. Die Partei lehnt Waffenlieferungen an die Ukraine ab und fordert Verhandlungen — ohne klar zu benennen, was das für die Ukraine bedeuten würde, die sich gegen einen Angriffskrieg

verteidigt. Diese Position macht das BSW für viele demokratische Koalitionspartner untragbar und rückt die Partei in eine gefährliche Nähe zu russischen Interessen.

Widersprüchliches Profil: Das BSW stärkt sein Profil als soziale Partei mit national-konservativem Einschlag. Links in der Wirtschaftspolitik, konservativ bei Migration und Gesellschaft, pazifistisch in der Außenpolitik — diese Kombination spricht gezielt Unzufriedene an, ergibt aber kein kohärentes Regierungsprogramm. In der Forschung wird diese Kombination als „links-autoritär“ bezeichnet.

Verschwörungstendenzen: Das BSW fordert Untersuchungsausschüsse zur Corona-Politik und ein Moratorium für mRNA-Impfstoffe. Wagenknecht selbst wurde für ihre Formulierung, Israels Kriegsführung trage „Züge eines Vernichtungsfeldzugs“, scharf kritisiert. Der Präsident des Zentralrats der Juden warf ihr einen bedenklichen Hang zur Verschwörungsideologie vor. Wer als seriöse politische Kraft auftreten will, darf sich nicht regelmäßig an der Grenze zur Verschwörungserzählung bewegen.

Koalitionsunfähigkeit: Die Koalition in Brandenburg zerbrach nach wenigen Monaten. Politikwissenschaftler halten es für vorstellbar, dass das BSW nach Landtagswahlen 2026 als Tolerierungspartner einer AfD-Regierung fungieren könnte — obwohl die Partei eine Zusammenarbeit mit der AfD offiziell ausschließt. Das wirft Fragen nach der politischen Verlässlichkeit auf.

Und wir?

Die Real Demokraten teilen mit dem BSW die Kritik an Bürokratie, hohen Energiekosten und einer Politik, die an der Lebensrealität der Menschen vorbeigeht. Aber wir ziehen andere Konsequenzen: Wir setzen auf einen pragmatischen Energiemix, der Versorgungssicherheit garantiert — ohne uns von Russland abhängig zu machen. Wir unterstützen die Ukraine, weil europäische Sicherheit kein Verhandlungsgegenstand ist. Und wir bauen eine Partei, die auf Strukturen setzt, nicht auf eine einzelne Person.

Diese Serie ist keine Wahlempfehlung. Sie ist eine Orientierungshilfe. Bild dir selbst eine Meinung.

Mehr zu unseren Grundsätzen: realdem.de/was-wir-wollen

Teil 6 von 8

FDP

Kurz-Steckbrief

Die Freie Demokratische Partei (gegründet 1948) ist Deutschlands traditionelle liberale Partei. Verortung: Mitte, wirtschaftsliberal. Die FDP war von 2021 bis 2024 Teil der Ampelkoalition und scheiterte bei der Bundestagswahl 2025 an der Fünf-Prozent-Hürde — zum zweiten Mal nach 2013 ist sie nicht im Bundestag vertreten. Bei den Landtagswahlen 2026 erlitt sie weitere Niederlagen. Der gesamte Vorstand will zurücktreten, die Kritik an Parteichef Christian Dürr ist erheblich.

Wofür steht die Partei?

Die FDP setzt auf individuelle Freiheit, Unternehmertum, niedrige Steuern und weniger Staat. Ihr Wahlprogramm 2025 forderte ein „Mandat der Veränderung“ mit Fokus auf Bürokratieabbau, Steuersenkungen, Technologieoffenheit und eine strengere Handhabung des Bürgergelds. Die Partei lehnt Steuererhöhungen ab, will die Schuldenbremse beibehalten und setzt in der Energiepolitik auf Technologieoffenheit statt auf feste Ausbauziele für Erneuerbare. Außenpolitisch bekennt sie sich zu NATO und EU und unterstützt die Ukraine.

Was liefert die Partei?

In der Ampelkoalition (2021–2024) konnte die FDP einige ihrer Kernforderungen umsetzen — darunter die Beibehaltung der Schuldenbremse und die Ablehnung von Steuererhöhungen. Gleichzeitig blockierte sie damit Investitionen, die die Koalitionspartner für notwendig hielten. Das Ergebnis war eine Regierung im Dauerklinch.

Das Ende der Ampel inszenierte die FDP als bewussten Bruch. Die Partei stellte es so dar, als hätte sie klargemacht, „dass es endgültig so nicht mehr weitergehen kann“. In der öffentlichen Wahrnehmung blieb aber vor allem hängen: Eine Partei, die drei Jahre mitregiert und dann die Verantwortung ablegt, wenn es unbequem wird. Die Wähler quittierten das mit dem Rauswurf aus dem Bundestag.

Wo liegen die Schwächen?

Klientelpartei-Image: Die FDP wird als Partei der Besserverdiener, Selbstständigen und Unternehmer wahrgenommen — und ihr Programm bestätigt das. Steuersenkungen, die vor allem oberen Einkommensgruppen nutzen, kombiniert mit Kürzungen beim Bürgergeld und strengeren Sanktionen für Arbeitslose, ergeben ein Profil, das für die breite Mitte wenig attraktiv ist. Solange die FDP nicht überzeugend erklären kann, was sie für Normalverdiener tut, bleibt sie eine Nischenpartei.

Verantwortungsflucht: Die FDP hat in den letzten Jahrzehnten ein Muster entwickelt: mitregieren, blockieren, Koalition verlassen, Opposition spielen. Das war 1982 so (Wechsel von Schmidt zu

Kohl), das war 2024 so (Ampel-Bruch). Für eine Partei, die „Verantwortung“ und „Leistung“ auf ihre Fahnen schreibt, ist das ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Richtungstreit: Auf dem Parteitag 2025 warfen sich die Delegierten in einem für die FDP ungewöhnlich heftigen Schlagabtausch wechselseitig vor, Kulturkampf zu führen, eine bürgerliche Protestpartei zu fordern oder Narrative von Rechtsaßen zu bedienen. Die FDP weiß aktuell nicht, ob sie klassisch liberal, wirtschaftskonservativ oder populistisch auftreten will. Ohne klare Identität wird der Weg zurück in den Bundestag schwer.

Freiheit ohne Fairness: Der FDP-Freiheitsbegriff betont individuelle Eigenverantwortung — was grundsätzlich richtig ist. Aber er blendet aus, dass Freiheit ohne faire Startbedingungen ein Privileg der Bessergestellten bleibt. Wer Chancengleichheit nur predigt, aber keine Instrumente dafür liefert, macht Freiheit zum Exklusivprodukt.

Und wir?

Die Real Demokraten teilen mit der FDP die Überzeugung, dass Bürokratie abgebaut, Unternehmertum gefördert und der Staat effizienter werden muss. Was wir anders sehen: Wirtschaftspolitik darf kein Klientelprogramm für die oberen zehn Prozent sein. Wir wollen Entlastung für alle — durch niedrigere Energiekosten, schlankere Verwaltung und ein Steuersystem, das Leistung belohnt, ohne die Schwächeren zu vergessen. Wir gestalten unsere Partei bewusst so, dass Verantwortung kein Lippenbekenntnis bleibt: messbare Ziele, verbindliche Termine, maximal zwei Amtszeiten. Wer sich bei uns engagiert, tut das nicht für eine Karriere — sondern für Ergebnisse.

Diese Serie ist keine Wahlempfehlung. Sie ist eine Orientierungshilfe. Bild dir selbst eine Meinung.

Mehr zu unseren Grundsätzen: realdem.de/was-wir-wollen

Teil 7 von 8

Die Linke

Kurz-Steckbrief

Die Linke (gegründet 2007 aus PDS und WASG) versteht sich als demokratisch-sozialistische Partei. Verortung: links. Nach der Abspaltung des BSW 2024 stand die Partei am Abgrund — bei der Bundestagswahl 2025 konnte sie ihr Ergebnis jedoch deutlich verbessern und ist mit 64 Sitzen im Bundestag vertreten. In aktuellen Umfragen liegt sie bei etwa 11 Prozent — ein beachtliches Comeback. Die Mitgliederzahl hat sich seit 2024 mehr als verdoppelt.

Wofür steht die Partei?

Die Linke spitzt alles auf Klassenkampf zu: an der Seite der „Abgehängten“ gegen Milliardäre. Konkret fordert sie einen Mindestlohn von mindestens 15 Euro (ab 2026: 16 Euro), eine sanktionsfreie Mindestsicherung von rund 1.400 Euro monatlich und eine Vermögensteuer, die nur die reichsten 2,5 Prozent belasten soll. Steuern sollen für alle Einkommen unter 6.500 Euro brutto sinken, darüber steigen. Die Linke lehnt Waffenlieferungen an die Ukraine ab, fordert diplomatische Lösungen und will die Verteidigungsausgaben nicht erhöhen. Im Gesundheitsbereich setzt sie auf eine Bürgerversicherung für alle.

Was liefert die Partei?

Die Linke war auf Bundesebene noch nie an einer Regierung beteiligt. In mehreren ostdeutschen Bundesländern und in Bremen und Thüringen hat sie mitregiert — dort mit gemischter Bilanz. In Thüringen unter Bodo Ramelow zeigte sich, dass die Partei pragmatischer regieren kann, als ihre Bundesprogrammatik vermuten lässt.

Im Bundestag agiert die Linke als Oppositionspartei mit Fokus auf Sozialpolitik. Ihre Anträge finden selten Mehrheiten, setzen aber Themen wie Mieten, Renten und soziale Ungleichheit auf die Tagesordnung.

Wo liegen die Schwächen?

Finanzierungslücke: Die Forderungen der Linken sind ambitioniert — Mindestsicherung von 1.400 Euro, Bürgerversicherung, kostenloser ÖPNV, 40 Milliarden Euro mehr Investitionen pro Jahr. Die Gegenfinanzierung soll im Wesentlichen über Vermögen- und Erbschaftsteuer laufen. Ob das reicht, ist unter Ökonomen umstritten. Die Partei bleibt konkrete Gegenrechnungen oft schuldig, was den Vorwurf der Wunschzettel-Politik nährt.

Außenpolitische Naivität: Die Linke lehnt Waffenlieferungen an die Ukraine ab und fordert Verhandlungen — ohne überzeugend zu erklären, wie die Ukraine aus einer Position der Schwäche heraus einen fairen Frieden verhandeln soll. Die grundsätzliche NATO-Skepsis und die Ablehnung höherer Verteidigungsausgaben wirken in einer Zeit, in der Russland einen Angriffskrieg führt und

die USA als Sicherheitsgarant wackeln, absolut realitätsfern.

Rhetorik der Konfrontation: Die Linke positioniert sich gefühlt gegen alle: gegen AfD und Union, aber auch gegen BSW, SPD und Grüne. Der Ton ist oft konfrontativ — Milliardäre als Feindbilder, Klassenkampf-Rhetorik, Systemkritik. Das mobilisiert die eigene Basis, schreckt aber die pragmatische Mitte ab und macht die Partei als Koalitionspartner schwer vermittelbar.

Spaltungsgeschichte: Die Abspaltung des BSW 2024 hat gezeigt, dass die Partei über Jahre unfähig war, interne Richtungskonflikte produktiv zu lösen. Die Erneuerung seit 2024 ist beeindruckend, aber die Frage bleibt: Hält der Zusammenhalt diesmal, oder zerreibt sich die Partei beim nächsten Grundsatzstreit erneut?

Begrenzte Regierungserfahrung: Außer in Thüringen und einigen ostdeutschen Koalitionen hat die Linke kaum bewiesen, dass sie Regierungsverantwortung auf Bundesebene übernehmen kann. Oppositionsarbeit und Regierungsarbeit erfordern unterschiedliche Fähigkeiten — und letztere ist bei der Linken weitgehend ungetestet.

Und wir?

Die Real Demokraten teilen mit der Linken das Ziel, dass Politik für die breite Mitte funktionieren muss — nicht nur für Besserverdiener. Was wir anders sehen: Umverteilung allein löst keine strukturellen Probleme. Deutschland braucht keine Feindbilder, sondern funktionierende Systeme — schlankere Verwaltung, bezahlbare Energie, ein Steuersystem, das Leistung belohnt und Schwächere schützt. Für uns ist europäische Sicherheit kein Verhandlungsgegenstand. Wer die Ukraine im Stich lässt, gefährdet die Sicherheit aller Europäer.

Diese Serie ist keine Wahlempfehlung. Sie ist eine Orientierungshilfe. Bild dir selbst eine Meinung.

Mehr zu unseren Grundsätzen: realdem.de/was-wir-wollen

Teil 8 von 8

Freie Wähler

Kurz-Steckbrief

Die Freien Wähler (als Bundespartei gegründet 2009) sind aus kommunalen Wählergruppen hervorgegangen und haben ihren politischen Schwerpunkt in Bayern. Verortung: bürgerlich-konservativ, kommunalpolitisch verankert. Seit 2018 regieren sie in Bayern in einer Koalition mit der CSU. Bundesvorsitzender Hubert Aiwanger ist gleichzeitig stellvertretender Ministerpräsident und bayerischer Wirtschaftsminister. Bei der Bundestagswahl 2025 erreichten die Freien Wähler bundesweit 1,5 Prozent der Zweitstimmen — für den Bundestag reicht das bei Weitem nicht. Bei der Kommunalwahl 2026 in Bayern konnten sie ihre kommunale Stärke hingegen deutlich ausbauen — mit 28 Landräten.

Wofür steht die Partei?

Zentraler politischer Bezugspunkt ist die kommunale Ebene: Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, Basisdemokratie und sachorientierte Politik „ohne Parteiideologie“. Wirtschaftspolitisch setzen die Freien Wähler auf Mittelstandsförderung, niedrigere Unternehmenssteuern, Abschaffung der Erbschaftsteuer und Bürokratieabbau. In der Migrationspolitik fordern sie Zurückweisungen an den Grenzen und konsequente Abschiebung von Straftätern. Energiepolitisch sind sie gegen das Verbrenner-Verbot und für Technologieoffenheit. In der Sozialpolitik wollen sie beim Bürgergeld deutlich einsparen.

Was liefert die Partei?

In Bayern regieren die Freien Wähler seit 2018 mit — Aiwanger verantwortet als Wirtschaftsminister unter anderem die Wirtschafts- und Energiepolitik im Freistaat. Die kommunale Verankerung ist die echte Stärke: Auf Gemeinderats- und Kreisebene liefern Freie-Wähler-Vertreter pragmatische Arbeit, oft ohne ideologischen Ballast. Das ist glaubwürdig.

Auf Bundesebene ist die Partei dagegen ohne Relevanz. Der Anspruch, eine bundesweite Alternative zu sein, scheitert seit Jahren an der Fünf-Prozent-Hürde. Die Partei bleibt ein bayerisches Phänomen mit kommunaler Basis.

Wo liegen die Schwächen?

Ein-Mann-Partei: Die Freien Wähler sind bundesweit untrennbar mit Hubert Aiwanger verbunden. Sein populistischer Stil — Biertischrhetorik, Kampfansagen gegen „die da oben“, bewusste Provokationen — bestimmt die öffentliche Wahrnehmung der gesamten Partei. Das ist ein Klumpenrisiko: Ohne Aiwanger fehlt den Freien Wählern über Bayern hinaus jede Sichtbarkeit. Mit Aiwanger polarisieren sie so stark, dass die sachpolitische Substanz untergeht.

Flugblatt-Affäre — nie aufgeklärt: 2023 wurde bekannt, dass Aiwanger als Schüler ein antisemitisches Flugblatt in seiner Schultasche hatte. Mehrere Mitschüler und ein damaliger Lehrer im Disziplinarausschuss betrachteten ihn als Urheber. Aiwanger bestritt die Autorenschaft, schob sie auf seinen Bruder und ging zum Gegenangriff über, statt die Sache vollständig aufzuklären. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung kritisierte, Aiwanger schade der Erinnerungskultur, weil er die Vorwürfe nicht vollumfänglich aufkläre. Eine Partei, die „Saubere Politik“ fordert, müsste hier einen anderen Maßstab an sich selbst anlegen.

Kommunal stark, bundespolitisch irrelevant: Die Stärke auf kommunaler Ebene übersetzt sich nicht in bundespolitische Relevanz. Das Programm bleibt zu dünn und zu stark auf Bayern zugeschnitten, um bundesweit Menschen anzusprechen. Die Freien Wähler sind eine Regionalpartei, die sich nicht eingestehen will, dass sie eine ist.

Populistischer Stil statt sachlicher Substanz: Aiwangers Auftritte auf Volksfesten und in sozialen Medien sind unterhaltsam, aber sie verwischen die Grenze zwischen Sachpolitik und Stimmungsmache. Wer „ideologiefreie Politik“ verspricht und gleichzeitig mit Kampfbegriffen wie „Grün-Rotes Wolkenkuckucksheim“ arbeitet, betreibt selbst das, was er anderen vorwirft.

Juniorpartner ohne Hebelwirkung: In Bayern regieren die Freien Wähler seit über sieben Jahren mit der CSU — aber in zentralen Fragen wie Bürokratieabbau, Wohnungsbau oder Verwaltungsmodernisierung bleibt der Fortschritt überschaubar. Als Juniorpartner fehlt ihnen die Durchsetzungskraft, um das Versprechen „Praktiker an der Macht“ einzulösen.

Und wir?

Die Real Demokraten teilen mit den Freien Wählern die kommunale Grundüberzeugung: Politik muss nah an den Menschen stattfinden, pragmatisch und ideologiefrei. Auch die Betonung von Mittelstand, Handwerk und regionaler Wirtschaft liegt auf unserer Linie. Was wir anders sehen: Pragmatismus und Populismus schließen sich gegenseitig aus. Wer sachlich überzeugen will, braucht Plausibilität statt Parolen. Wir setzen auf eine Partei, die auf Strukturen baut — nicht auf eine einzelne Person. Und wir stellen uns unangenehmen Fragen, statt sie mit Gegenangriffen zu beantworten.

Diese Serie ist keine Wahlempfehlung. Sie ist eine Orientierungshilfe. Bild dir selbst eine Meinung.

Mehr zu unseren Grundsätzen: realdem.de/was-wir-wollen